

„ÜBERHAUPT KEIN VERSTÄNDNIS“

Öffentliche Geldinstitute sollen Zeche für Krisenbanken mitzahlen

Gut zwei Jahre nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman-Brothers hat das Bundeskabinett als eines von mehreren Instrumenten für eine bessere Finanzmarktregulierung jetzt die Bankenabgabe auf den Weg gebracht. In Jahren mit guten Erträgen sollen demnach alle deutschen Banken jährlich etwa 1,2 Milliarden Euro in einen Versicherungsfonds zahlen. Aus dem soll künftig die Bankenrettung finanziert werden – was bisher der Steuerzahler getan hat.

Die Abgabe trifft alle Kreditinstitute, auch die Sparkassen mit rund 60 und die Genossenschaftsbanken mit 27 Millionen Euro. Die sind zwar über jeden Verdacht erhaben, für die Weltwirtschaftskrise auch nur entfernt als Verursacher infrage zu kommen – müssen aber trotzdem die Zeche mitbezahlen. „Ich kann dafür überhaupt kein Verständnis aufbringen“, kommentiert Horst Kary, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Freiburg. Der Volksbank-Vorstand um Sprecher Uwe Barth will sich zu dem Thema gar nicht äußern.

Aus Regierungskreisen hieß es zur Begründung, Sparkassen oder Volksbanken könnten ja vielleicht bei der nächsten Krise mitschuldig sein, des-



Ein stabiler Euro ist eines der wichtigsten Ziele der neuen Finanzmarktregulierungen: Der hier vorm Eurotower der EZB in Frankfurt steht bisher stabil.

Fotos: © ddp



Zankapfel Bankenabgabe: Ob die Bundesländer die umstrittene Sicherheitsleistung für Förderbanken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken noch kippen können, muss diese vier Bankdrücker nicht beeindrucken.

halb sollten sie einzahlen. „Wir werden für eine solche Rolle auch künftig gar nicht infrage kommen können, das verhindert doch schon unsere Satzung“, entgegnet Kary, der aufgrund der guten Ertragslage der Freiburger Sparkasse aber verspricht, etwaige Kosten für die Abgabe nicht auf die Kunden umzulegen. Mittlerweile ist die vom Bundesrat noch abzusegnende Abgabe dort aber unter kräftigen Beschuss geraten. Die Finanzminister der meisten Länder wollen ihre Förderbanken befreit und Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken erheblich bessergestellt sehen. So fordert der baden-württembergische Finanzminister Willi Stächele noch „erhebliche Korrekturen“ der im Grunde richtigen Bankenabgabe. Das Risiko der Publikumsbanken sei erheblich geringer als das der privaten, es sei nur fair, sie von der Abgabe auszunehmen oder sie zumindest deutlich besserzustellen.

Den fundamentalen Unterschied zwischen systemrelevanten und -irrelevanten Banken – also auch Sparkassen und Volksbanken – hatte zuvor im Zusammenhang mit der Debatte um ein zweites Instrument, Basel III,

schon Gerhard Schorr betont. Der Verbandsdirektor des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV) kritisierte die dritte Stufe des Stabilitätspakts als „Geisterfahrt“. Der G-20-Gipfel im November soll Basel III beschließen. Demnach müssen Banken künftig mehr eigenes Kapital im Verhältnis zu ihren Forderungen an Dritte, etwa Kredite, bereithalten.

Auch hier wird nicht differenziert, was auch BWGV-Präsident Gerhard

Roßwog scharf kritisierte. Kary lässt das Thema indes abprallen: „Wir erfüllen jetzt schon die Anforderun-

gen, die uns Basel III von 2019 an stellen wird.“ Wie er sieht auch Barth das Kreditgeschäft deswegen nicht gefährdet. Eine Kreditklemme aufgrund der verschärften Anforderungen von Basel III hatte der Bundesverband öffentlicher Banken – der die zuletzt besonders klammen Landesbanken vertritt – scharf kritisiert. Wer bedenkt, dass allein in die Rettung der Hypo Real Estate bisher zehn Milliarden Euro Steuergeld und 142 Milliarden Staatsbürgschaften geflossen sind, kann die jährliche Euro-Milliarde aus der Bankenabgabe richtig bewerten. **Lars Bargmann**

Debatte um Basel III als Geisterfahrt

GUTE ZEITEN, SCHLECHTE ZEITEN

HAUFE SCHLIESST CALLCENTER

Der Fachverlag und Softwareanbieter Haufe, seit 1951 in Freiburg, schließt sein „unprofitables“ Callcenter am Freiburger Hauptbahnhof. Alle 184 Beschäftigten, darunter viele in Teilzeit, verlieren ihren Job. Nach einem Sozialplan sollen die Mitarbeiter Abfindungen bekommen, einigen Vorrühestand angeboten werden und 35 an anderer Stelle im Betrieb unterkommen. Die Haufe-Spitze begründet das mit dem Strukturwandel in der Medienbranche. Insgesamt würden aber wohl im kommenden Sommer mehr Menschen beschäftigt als heute, weil neue Jobs entstehen. Haufe erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 1175 Mitarbeitern, davon mehr als 900 in Freiburg, gut 190 Millionen Euro Umsatz.

SAG VERDREIFACHT GEWINN

Vor allem dank der zum 1. Juli wirksamen Kürzung der Solarförderung hat die Freiburger Solarstrom AG (SAG) ihren Gewinn im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 2,2 Millionen Euro verdreifacht, bei einem mehr als verdoppelten Umsatz von 85 Millionen Euro. Viele Investoren haben sich schnell noch eine Solaranlage gekauft, die SAG konnte sie liefern. Vorstandschef Karl Kuhlmann peilt für 2010 einen Umsatz bis zu 210 und einen Gewinn vor Steuern und Zinsen bis zu 11 Millionen Euro an.

FOLGT FREIBURGER SARRAZIN?

Nachdem Thilo Sarrazin seinen Posten im Vorstand der Bundesbank wegen der Kritik an seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ freiwillig geräumt hat, wird der Freiburger Finanzprofessor Hans-Helmut Kotz als Nachfolger gehandelt. Kotz unterrichtet derzeit in Harvard. Das chilli bat um einen Termin für ein Portrait: Das lehnte Kotz zwar höflich, aber mit der Begründung ab, für „derartige Personalia grundsätzlich nicht zur Verfügung zu stehen, da er keinen Rummel um seine Person mag“. Kotz gilt als Fachmann für Bankenaufsicht. **bar**

FILETSTÜCK AN FLANIERMEILE

Sparkasse baut für 14 Millionen Euro neues Geschäftshaus

Visualisierung: © Sparkasse Freiburg



Neubau an der Kajo: Das Gebäude in der Mitte mit dem umgedrehten Schiffsrumpf soll Ende 2012 bezogen werden.

FREIBURG (bar). Da waren die Herren in der Vorstandsetage in der Freiburger Sparkasse selber erstaunt: Nachdem durchgesickert war, dass das alte „Kaufhaus für alle“ direkt neben dem neuen Finanzzentrum an der Flaniermeile Kaiser-Joseph-Straße 192 verkauft, abgerissen oder saniert werden sollte, flatterten die Angebote reihenweise ins Haus. Und die waren so hoch, dass nicht nur dem Vorsitzenden Horst Kary schnell klar war: „So etwas verkauft man nicht.“

Im kommenden Juni wird das 108 Jahre alte Gebäude abgerissen und für knapp 14 Millionen Euro neu gebaut. Wie auf dem ehemaligen Bakola-

Grundstück am Fahnenbergplatz hat sich den Auftrag Projektentwickler Peter Unmüßig geschnappt. Der Bauausschuss will sich im Oktober damit befassen, an der Fassadengestaltung hatte es leise Kritik gegeben.

„Wir haben ja einen auf vier Architektenbüros beschränkten Fassadenwettbewerb gemacht, der aktuelle Entwurf ist mit der Stadtplanung und Baureferat abgesprochen“, sagt Kary. Im Unter- und Erdgeschoss sowie im ersten Stock entstehen Verkaufsflächen, im zweiten und dritten Büros, unterm Dach ein Restaurant, das nicht nur als Kantine dienen soll und für das die Sparkasse noch einen Pächter sucht.

DAS ENDE EINER LANGEN REISE

Noch fehlen 250.000 Euro fürs Ensemblehaus

FREIBURG (gegi). Gut 100 Interessierte waren neulich zum Spatenstich fürs neue Ensemblehaus auf dem ehemaligen Parkplatz südlich der Stadthalle gekommen. Der lang ersehnte Startschuss für den Bau, in dem das Freiburger Barockorchester sowie das ensemble recherche 1250 Quadratmeter für Proben und Unterricht haben, wurde von Oberbürgermeister Dieter Salomon als „Ende einer langen Reise“ bezeichnet. Er hatte den Baufreigabeschein gleich dabei und gab ihn Paul Ege, dem Vorsitzenden der Stiftung Freunde der Baden-Württembergischen Ensemble-Akademie Freiburg.

Ege wurde in seiner Dankesrede seinem Ruf als unermüdlicher Förderer und Spendensammler gerecht und mahnte, dass von den drei Millionen Euro Baukosten noch etwa 250.000 Euro fehlen. Ministerialdirektor Klaus



Hinein ins Vergnügen: Die hohen Herren sind als Bauarbeiter aber nur bedingt geeignet. Foto: © gegi

Tappeser, der sich freute, auf einer wesentlich angenehmeren Baustelle als in Stuttgart zu Gast zu sein, sprach von dem Projekt als dem zweiten Baustein einer Gesamtkonzeption, die mit der Umfunktionierung der Stadthalle für den Musikbereich ihre Vollendung finden würde. Dafür stellte er eine Beteiligung des Landes in Aussicht. Das Ensemblehaus soll Ende 2011 bezugsfertig sein.

HART FÜR PERSPEKTIVEN ARBEITEN

chilli-Interview mit Arbeitsagentur-Geschäftsführer Boris Gourdial

Der Aufschwung hält an. Die Bundesagentur für Arbeit präsentierte im September überraschend niedrige Arbeitslosenzahlen; Konjunkturforscher prophezeien neue Tiefstände für 2011. Über die Besonderheiten des Arbeitsmarkts in Südbaden hat sich chilli-Autorin Nicole Kemper mit Boris Gourdial unterhalten, dem Geschäftsführer der Freiburger Agentur für Arbeit.

chilli: Bundesweit wird ein überraschender Boom auf dem Arbeitsmarkt verzeichnet – in Südbaden auch?

Gourdial: Wir verzeichnen eine positive Entwicklung. Freiburg hat sich in der Krise stabil gehalten – wir haben aktuell eine Arbeitslosenquote von 4,6 Prozent. Der Dienstleistungsbereich ist in Freiburg sehr ausgeprägt, das macht weniger konjunkturabhängig.

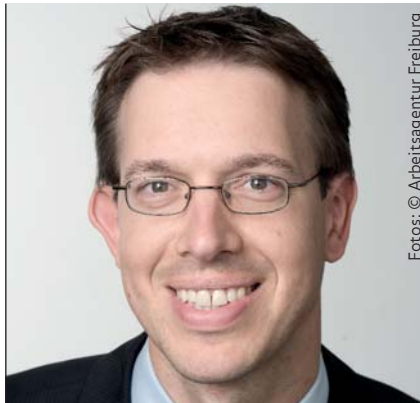
chilli: Bundesweit gibt es einen Strukturwandel vom Gewerbe zu Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen. Welche Entwicklungen gibt es in Südbaden?

Gourdial: Wir brauchen verstärkt Menschen im Gesundheitswesen, dazu gehören Pflege und Betreuung, sowie im erzieherischen Bereich. Und wir brauchen höher qualifizierte Kräfte. Wenn sie sich im gewerblich-technischen Bereich ausbilden oder umschulen lassen, haben sie gute Berufschancen. Die Taktung an Anforderungswechseln ist enger geworden, die Menschen müssen sich schneller den Veränderungen am Arbeitsmarkt anpassen.

chilli: Was heißt das konkret?

Gourdial: Arbeitnehmer sind gezwungen, Weiterbildungen zu machen, damit sie mit den Veränderungen im Arbeitsmarkt Schritt halten können. Arbeitssuchende müssen räumlich wie gedanklich flexibel sein, bereit sein, sich in etwas Neues hinein zu bewegen. Wenn wir uns als lernende Gesellschaft begreifen, können wir Arbeitslosigkeit besser bekämpfen.

chilli: Welchen Einfluss kann die Arbeitsagentur auf den Arbeitsmarkt nehmen?



Fotos: © Arbeitsagentur Freiburg

Hatte seine Glaskugel beim Interview nicht dabei: Boris Gourdial.

Gourdial: Dazu ein Beispiel: In der Krise hatten wir das Instrument der Kurzarbeit. Das hat in der Region in einer noch nie dagewesenen Weise dazu beigetragen, dass Arbeitslosigkeit verhindert wurde. Das wird deutlich im Vergleich mit Frankreich, das viel engere Regelungen hatte: Die Franzosen haben jetzt leider eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie wir hier in Südbaden.

chilli: Welche Rolle wird das neue Instrument „Arbeitsmarktmonitor“ spielen, das Anfang Oktober in Freiburg angelaufen ist?

Gourdial: Es erlaubt uns, Analysen zu machen über den Arbeitsmarkt. Wir können dadurch auch mit Klischees aufräumen – etwa, dass ein hoher Ausländeranteil zu hohen Arbeitslosenquoten

führt. Wir können darstellen, dass vielmehr die Qualifikation entscheidend ist. Es bringt uns außerdem in die Lage, mit Netzwerkpartnern gemeinsam an Veränderungen zu arbeiten.

chilli: Zum Beispiel?

Gourdial: In Freiburg gibt es einen hohen Anteil an Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, und in den Landkreisen gibt es unbesetzte Ausbildungsstellen. Der Arbeitsmarktmonitor hilft uns, das sichtbar zu machen und zu fragen: Welche Rolle spielt etwa der öffentliche Nahverkehr? Mit den Partnern Wirtschaftsförderung, Landrat, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften können wir dann an Lösungen arbeiten, die die Arbeitsagentur allein nicht bewältigen kann.

chilli: Wagen Sie eine Prognose?

Gourdial: Meine Glaskugel habe ich gerade nicht hier (lacht). Es wird langfristig so sein, dass wir Probleme haben werden, Fachkräfte zu finden. Wenn sich die globale Wirtschaft nicht wesentlich verändert, wird es einen positiven Trend geben, wir werden weiterhin sinkende Arbeitslosenzahlen haben. Das darf nicht den Eindruck erwecken, dass es gar keine Probleme gäbe. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen, sondern wir müssen hart daran arbeiten, dass wir den Menschen hier eine Perspektive bieten können.



Arbeitsagentur Freiburg – „Die Kurzarbeit hat in nie dagewesener Weise Arbeitslosigkeit verhindert.“



Dipl.-Kaufmann Erik Herr – Steuerberater

Mit Weitsicht in den Jahreswechsel

Weihnachten und Silvester werden wieder einmal völlig überraschend über uns hereinbrechen. Durchaus nicht kurzfristig also, wer sich schon heute mit der **Steuerung seines Jahresergebnisses** auseinandersetzt. Im Vorfeld der **Bilanzierungen oder Einnahme-Überschussrechnungen** will etwa abgewogen sein, ob betrieblich notwendige Investitionen vorgezogen oder Geschäftsführergehälter erhöht, Pensionszusagen gemacht oder Gewinne mit steuerlichen Verlusten aus Investitionen in Baudenkmäler oder Renovierungen kompensiert werden, Einnahmen ins nächste Jahr geschoben oder Ware auf Lager gekauft werden? Da zudem in den meisten Unternehmen die **Personalkosten die größte Kostenposition** darstellen, ist es ökonomisch sinnvoll, vor allem hier noch alle Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten: Wie können Überstunden am besten abgebaut oder vermieden werden, wie sieht eine optimale Urlaubsplanung aus, können Voll- in Teilzeitverträge umgewandelt oder gar aufgehoben und neue, womöglich befristete, mit freien Mitarbeitern gemacht werden?

Zu einer **optimalen Personalkostenstruktur** zählen auch steuerfreie Zuschläge, die für Sonn- und Feiertags- oder Nachtarbeit zusätzlich bezahlt werden. Im Extremfall können diese bis zu 150 Prozent über dem Grundlohn liegen – an Weihnachten ab 14 Uhr, am ersten und zweiten Weihnachtfeiertag sowie am 1. Mai. Entscheidend ist, daß die Zuschläge exakt für diese Zeitkorridore bezahlt werden und das auch nachgewiesen werden kann. Und zum Schluss noch ein anderes, aktuelles Thema: **eingetragene Lebenspartnerschaften**. Der Gesetzgeber hat eine zivilrechtliche Gleichstellung für gleichgeschlechtliche Lebenspartner durch das Lebenspartnerschaftsgesetz schon im Jahre 2001 bestimmt. Weitere Konsequenzen für das Steuerrecht hatte er allerdings bisher nicht gezogen. **Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht entschieden**, dass eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu Ehegatten bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer zu erfolgen habe. Meines Erachtens ist das auch die Basis für eine Zusammenveranlagung in der Einkommensteuer und für Befreiungen bei der Grunderwerbsteuer. Wer auf diese Fragen gute Antworten hat, der hat an Silvester sicher mehr als nur ein Glas Sekt oder Champagner übrig.

erik@herr-stb.de – www.herr-stb.de

SONNENSTROM BEI MÜLLWERKERN

Freiburger als Vorbilder beim Abfall



Klimaschutz trifft Rendite: Das neue Sonnenkraftwerk auf den fünf Dächern der ASF entlastet die Umwelt und wirft jährlich 18.000 Euro ab.

Einmal im Jahr veröffentlicht das Umweltministerium des Landes eine Abfallbilanz. Und danach freuen sich traditionell Freiburgs Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik und Michael Broglin, Geschäftsführer der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH (ASF). Im September lächelten sie doppelt: Denn auf dem Betriebshof St. Gabriel „weihen“ sie mit Oberbürgermeister Dieter Salomon und Badenova-Chef Thorsten Radensleben auch noch Freiburgs zweitgrößte Solaranlage ein.

Nur das Sonnenkraftwerk auf der Messe ist mit einer Leistung von 440 Kilowatt noch größer als St. Gabriel und die Anlage auf der B 31-Tunnelgalerie mit je 365 Kilowatt. Als Betreiberin fungiert die ASF Solar GmbH & Co KG, die zu 51 Prozent der ASF, zu 49 Badenova gehört. „Das ist ein toller Erfolg für die Zusammenarbeit kommunaler Unternehmen“, findet Radensleben. Die Idee zu der Anlage hatte übrigens Arno Tschunke, Geschäftsführer des Freiburger Unternehmens Ledjo. Wer das weiß, kann das Zitat von Radensleben

auch anders verstehen, denn Tschunke kam am Ende nicht zum Zuge, obwohl er viel Vorarbeit geleistet hatte. Der Umwelt kann das egal sein, die 1,2 Millionen Euro teure Anlage – die jedes Jahr 18.000 Euro Rendite abwerfen soll – produziert 365.000 kWh sauberen Strom für knapp 100 Vierpersonenhaushalte und verhindert damit – im Vergleich etwa zur im Braunkohlekraftwerk produzierten Menge – den Ausstoß von rund 220 Tonnen Kohlendioxid.

Umweltfreundlich liest sich auch die Abfallbilanz für 2009: Jeder Freiburger sammelte mit 65 Kilo Bioabfall 55 Prozent mehr als der durchschnittliche Baden-Württemberger, nennen wir ihn Huber. Auch die recycelten Abfälle liegen weit über dem Schnitt, derweil Haus- und Sperrmüll auf 124 Kilogramm gesunken sind – Huber hat 146. Da die Freiburger mit 91 Kilo Altpapier stolze 12 Prozent mehr als Huber sammeln, ist die Frage, ob sie mehr lesen – und da sie drei Kilo mehr Altglas abliefern, auch, ob sie mehr trinken als der Herr Huber.

Lars Bargmann

GENOSSEN ERWEITERN ANLEGERKREIS

Sparwoche beim Bauverein mit neuem Produkt

FREIBURG (bar). Die 1923 ins Leben gerufene Spareinrichtung des Bauvereins Breisgau (BVB) steht vor einem Quantensprung: Nach durchaus aufwendigen Abstimmungsprozessen mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) dürfen ab sofort auch juristische Personen wie Unternehmen oder Stiftungen ihr Geld beim Bauverein anlegen. Bisher konnten das nur die natürlichen Mitglieder des Bauvereins. Den neuen Energiesparbrief gibt es jetzt erstmals in der diesjährigen Sparwoche vom 25. bis zum 29. Oktober am Stammsitz in der Zähringer Straße.

Die Spareinrichtung gewinnt im Haus von BVB-Geschäftsführer Reinhard Disch immer mehr an Bedeutung: Rund 7600 Sparer haben hier mittlerweile mehr als 60 Millionen Euro eingezahlt. Das Geld wird nicht am Kapitalmarkt platziert, sondern fließt in den Bestand von etwa 4300 eigenen Wohnungen, in Neubauten und ökologische Energiekonzepte. „Wer bei uns Geld anlegt, tut das klimaschützend und sozial verantwortlich“, so Disch. Der neue Energiesparbrief dürfte mit 2,9 Prozent Zinsen in diesen zinsarmen Zeiten auch für Unternehmen interessant sein.

NULL-EMISSIONSHÄUSER AM STERNWALD

Familienheim Freiburg baut 54 Wohnungen in der Wiehre

FREIBURG (bar). Die Baugenossenschaft Familienheim Freiburg hat jetzt mit dem Bau von fünf neuen Wohnhäusern zwischen Grillparzer- und Quäkerstraße begonnen, die sich um einen nahezu parkähnlichen Innenhof gruppieren. Auf eine maximale Ausnutzung des Grundstücks verzichteten die Geschäftsführer Anja Dziolloß und Werner Eickhoff.

Auf dem neuesten Stand ist das Energiekonzept: Eine Holzpellettheizung liefert die Wärme für die 54 Wohnungen, die mit einer Lüftung samt Wärmerückgewinnung ausgestattet sind. Die wesentlichen Teile der geplanten Null-Emissionshäuser sind Passivhauselemente. Am Ende sollen die Häuser in Bezug auf Heizung, Warmwasser, Lüftung und Allgemeinstrom CO₂-neutral sein. Dafür erzeugen auf den begrünten Dächern Solaranlagen sauberen Strom. „Die Gebäude erfüllen bereits jetzt die geplante Energieeinsparverordnung 2012 und erreichen nahezu Passivhaus-Standards“, so Dziolloß.

Visualisierung: © Familienheim



Gelungenes an der Grillparzerstraße: Hinter den neuen Häusern wird ein parkähnlicher Innenhof entstehen. Die Wohnungen sind nur zu mieten.

Jetzt Riester-Förderung sichern:
Über **51%** sind möglich!*

Mit der Sparkassen-RiesterRente.



Alt werden lohnt sich.
Mit der Sparkassen-
Altersvorsorge.



Sie können zwar nicht ewig jung bleiben – aber sich aufs Alter freuen. Mit der Sparkassen-Altersvorsorge entwickeln wir gemeinsam mit Ihnen ein auf Ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittenes Vorsorgekonzept und zeigen Ihnen, wie Sie alle privaten und staatlichen Fördermöglichkeiten optimal für sich nutzen. Vereinbaren Sie jetzt ein Beratungsgespräch in Ihrer Geschäftsstelle oder informieren Sie sich unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

* Die Höhe der staatlichen Förderung für Ihre Vorsorge ist abhängig von Ihrer Lebenssituation.